

ÜBERSICHT ÜBER DIE ÄNDERUNGEN DER POLIZEIGESetze IN DEN EINZELNEN BUNDESLÄNDERN

Stand 11. November 2019

Bundesland	(Ausgew.) problematische Änderungen	Verfahrensstand
Gesetzesänderung verabschiedet		
Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung der Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbot (§ 27b), elektronische Fußfessel (§ 27c) ▪ Einführung präventiver Quellen-TKÜ (§ 23b) ▪ Videoüberwachung im öffentl. Raum mit intelligenter Überwachungssoftware (§ 21) ▪ Neue Bewaffnung: Handgranaten, andere Explosivmittel (§ 54a) 	<p>Änderungsgesetz am 28.11.2017 im Landtag verabschiedet.</p> <p>Gesetzblatt BaWü - 2017, Nr. 24, S. 624</p> <p>Die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat am 7. Dezember 2018 beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde gegen das Polizeigesetz Baden-Württemberg eingereicht.</p> <p>CDU will weitere Verschärfung, Entwurf noch nicht bekannt, aber Zusammenfassung beabsichtigter Verschärfungen hier (u.a. Online-Durchsuchung)</p>
Bayern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbot, Meldeanordnung (Art. 16), elektronische Fußfessel (Art. 34) ▪ Ausweitung Polizeigewahrsam (Art. 17) ▪ Einführung präventive Quellen-TKÜ (Art. 42) und Onlinedurchsuchung (Art. 45) ▪ Ausweitung Videoüberwachung im öffentl. Raum (Art. 33) ▪ Einführung Bodycams (Art. 33 Abs. 4) ▪ Einführung „suchende DNA“ (Art. 32) 	<p>Erste Runde Novellierung und Verschärfung bereits am 01.08.2017</p> <p>Zweites Änderungsgesetz am 18.05.2018 im Landtag verabschiedet.</p> <p>GVBl. 9/2018, S. 301-340.</p> <p>Die Gesellschaft für Freiheitsrechte hat am 6. Oktober 2018 beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde</p>



	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung Sicherstellen von Eigentum und Postsicherung zur präventiven Gefahrenabwehr (Art. 35) ▪ Einführung Drohnen (Art. 47) ▪ Neue Bewaffnung: Handgranaten (Art. 86), Taser ▪ Neue Regelung zur Rasterfahndung (Art. 46) 	<p>gegen das Bayerische Polizeiaufgabengesetz eingereicht. FDP, Linke und Grüne haben am 06.09.2018 gemeinsam einen Antrag auf abstrakte Normenkontrolle beim BVerfG gestellt; Grüne, SPD und FDP haben auch in Bayern bereits eine Verfassungsklage eingereicht</p>
Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung Anhalte- und Sichtkontrollen (§28b) ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben (§28 c Abs. 1), Kontaktverbote (§ 28 c Abs. 2), Meldeanordnung (§ 15 a) ▪ Ausweitung Polizeigewahrsam (§ 28 d) ▪ Längere Speicherfristen für Videoüberwachung im öffentl. Raum (§ 31 Abs. 2) ▪ Einführung Bodycams (§ 31 a Abs. 2) ▪ Ausweitung Schleierfahndung (§ 12 Abs. 1 Nr. 6) ▪ Neue Bewaffnung: Explosivmittel (§ 69 Abs. 2) 	<p>Änderungsgesetz am 13.03.2019 im LT verabschiedet.</p>
Hessen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbot, Meldeauflagen, elektronische Fußfessel (§§ 30a ff.) ▪ Einführung Quellen-TKÜ (§§ 15a f.), Onlinedurchsuchung (§ 15c) ▪ Ausweitung Datenerhebung durch Observation und Einsatz technischer Mittel (§ 15) ▪ Ausweitung des Einsatzes verdeckter Ermittler (§ 16) ▪ Einführung automatisierte Anwendung zur Datenanalyse (§ 25a) 	<p>Änderungsgesetz am 25.06.2018 im Landtag verabschiedet.</p> <p>GVBl. 13/2018, S. 319 ff.</p>
Mecklenburg-Vorpommern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben (§ 67b), elektronische Fußfessel (§ 67a) ▪ Einführung Bodycams (§ 32a) ▪ <i>Siehe auch noch unten für weitere geplante Verschärfungen!</i> 	<p>Änderungsgesetz am 22.03.2018 im Landtag verabschiedet.</p> <p>GVObL. M-V 6/2018, S. 114.</p>



Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung/Ausweitung Aufenthaltsvorgaben und Kontaktverbote (§ 17b), elektronische Fußfessel (§ 17c), Meldeanordnung (§ 16a) ▪ Ausweitung Polizeigewahrsam, Präventivgewahrsam bis zu 35 Tage (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 und § 21 S. 2) ▪ Einführung präventive Quellen-TKÜ (§ 33a), Onlinedurchsuchung (§ 33d) ▪ Ausweitung der Videoüberwachung im öffentl. Raum (§ 32) ▪ Einführung Bodycams (§ 32 Abs. 4) 	<p>Gesetz im Mai 2019 verabschiedet</p> <p>Zuletzt im Oktober Anpassung an Rspr. des BVerfG zu Kennzeichenerfassung</p> <p>Grüne und FDP haben Normenkontrolle vor BVerfG zumindest im Mai angekündigt</p>
NRW	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbote (§ 34b), elektronische Fußfessel (§ 34c) ▪ Ausweitung des Polizeigewahrsams (§ 38) ▪ Einführung präventiver Quellen-TKÜ (Berufsheimlichkeitssträger wie Geistliche, Ärzte oder Anwälte ausgenommen; § 20c) ▪ Ausweitung der Videoüberwachung im öffentl. Raum (§ 15a) ▪ Einführung Anhalte- und Sichtkontrollen (strategische Fahndung; § 12a) ▪ Neue Bewaffnung: Taser 	<p>Änderungsgesetz am 10.04.2018 vom Kabinett verabschiedet.</p> <p>Erste Expertenanhörung unter Beteiligung von Amnesty International fand am 07.06.2018 im LT statt. Zweite Expertenanhörung fand am 13.11.2018 im LT statt.</p> <p>Änderungsgesetze am 13. bzw. 18.12.2018 im LT verabschiedet. GV.NRW 2018, S. 683 u. GV.NRW 2018, S. 741</p> <p>Verfassungsbeschwerde von Digital Courage beim BVerfG eingereicht gegen TKÜ</p>
Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung Bodycams (§ 27a) ▪ Ermächtigung Bestandsdatenauskunft (§ 31f) ▪ Ausweitung verdeckte Datenerhebung (Observation, verdeckte Ermittler, Vertrauenspersonen, etc.; § 28) ▪ Verschärfung der Regelungen zur Quellen-TKÜ (§§ 31 f.) und Online-Durchsuchung (§ 31c) ▪ Einführung anlassbezogene Kennzeichenerfassung (§ 27b) 	<p>Änderungsgesetz am 30.06.2017 im Landtag verabschiedet.</p>



Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbote (§ 21), elektronische Fußfessel (§ 61), Meldeanordnung (§ 20) ▪ Einführung präventive TKÜ (§ 66) ▪ Einführung Videoüberwachung im polizeilichen Gewahrsam (§ 25); ▪ Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen (§ 57); ▪ Ausschreibung einer Person zur polizeilichen Beobachtung und Kontrolle (§ 60) ▪ Identitätsfeststellung in eingerichteten Kontrollbereichen (§ 15 Abs. 1 Nr. 6) ▪ Bildaufzeichnungen des Verkehrs zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität (§ 59); ▪ Neue Bewaffnung (§ 40): Maschinenpistolen, für Spezialeinheiten auch Maschinengewehre und Handgranaten 	<p>Am 10.04.2019 verabschiedet, tritt am 01.01.2020 in Kraft</p> <p>Normenkontrollverfahren beim Sächsischen Verfassungsgerichtshof anhängig, betreut von Mathias Bäcker</p>
Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung Aufenthaltsvorgaben, Kontaktverbote (§ 36a), elektronische Fußfessel (§ 36c), Meldeanordnung (§ 35a) ▪ Einführung TKÜ (zur Überwachung der Kontrollmaßnahmen; § 36b) 	<p>Änderungsgesetz am 18.10.2018 im Landtag verabschiedet.</p>



Laufende Gesetzgebungsverfahren

Hamburg	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung elektronischer Fußfessel (§ 30) ▪ Einführung automatisierte Anwendung zur Datenanalyse (§ 49) ▪ <i>Quellen-TKÜ (§ 24) in HH nicht neu</i> 	Der Gesetzesentwurf vom 30.7.2019 steht offenbar kurz vor der Verabschiedung
Mecklenburg-Vorpommern	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Online-Durchsuchung (§ 33c) ▪ Quellen-TKÜ (§ 33d Abs. 3) ▪ (verdeckter) Drohneinsatz (§ 34) 	Neuer Gesetzesentwurf vom 05.06.2019
Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwachung und Störung der Telekommunikation (§§ 185a, 185b LVwG), allerdings wohl keine Quellen-TKÜ/Online-Durchsuchung ▪ Verdeckter Einsatz von GPS-Ortung (§ 185 I Nr. 2) ▪ Meldeauflage, Aufenthaltsgebot (§ 201) ▪ Elektronische Fußfessel (§ 201b) ▪ Bodycam/-aufnahmegeräte (§ 184a) ▪ Einsatz von Sprengmitteln auch gegen Personen zugelassen und Taser als neue Bewaffnung (§ 251 Abs. 3, 4) ▪ Schusswaffeneinsatz nun auch gegen unter 14-Jährige zugelassen (§ 257) ▪ Neue Befugnisse zur Identitätsfeststellung zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität auf wichtigen Verkehrswegen (§ 181 Abs. 1 S. 1 Nr. 5) 	Die Landesregierung hat am 7.11.2019 einen Entwurf vom 5.11.2019 vorgestellt



Gesetzesänderung geplant

Berlin	Keine Details bekannt.	In Arbeit, Streit in LReg
Bremen	Keine Details bekannt.	Novellierung liegt auf Eis; Grüne lehnten Referentenentwurf im Kabinett im April 2018 ab; Von der CDU eingebrachter GE scheiterte am 30.08.2018 in der Bremer Bürgerschaft.
Saarland	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausweitung elektronische Fußfessel ▪ Ausweitung Videoüberwachung im öffentlichen Raum ▪ Einführung Bodycams ▪ Einführung präventive Quellen-TKÜ ▪ Einführung automatische Kennzeichenerfassung 	Verschärfungen im Koalitionsvertrag (S. 100, 101) angekündigt.

Keine Gesetzesänderung geplant

Thüringen	Es soll lediglich eine Anpassung an EU-Datenschutzrichtlinie und das BKA-Urteil geben.	-
------------------	----------------------------------------------------------------------------------------	---

